



# DSTGB

Deutscher Städte-  
und Gemeindebund

# Position

## DER AUTOR

### Dr. Gerd Landsberg

ist seit dem 1. Januar 1998  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
des Deutschen Städte- und  
Gemeindebundes.

Der Deutsche Städte- und  
Gemeindebund vertritt die Interessen  
der Kommunalen Selbstverwaltung der  
Städte und Gemeinden in Deutschland  
und Europa. Über seine Mitglieds-  
verbände repräsentiert er rund 12500  
Kommunen in Deutschland.

#### Mitgliedsverbände

- Bayerischer Gemeindetag
- Gemeinde- und Städtebund  
Rheinland-Pfalz
- Gemeinde- und Städtebund  
Thüringen
- Gemeindetag Baden-Württemberg
- Hessischer Städte- und  
Gemeindebund
- Hessischer Städtetag
- Niedersächsischer Städte- und  
Gemeindebund
- Niedersächsischer Städtetag
- Saarländischer Städte- und  
Gemeindetag
- Sächsischer Städte- und  
Gemeindetag
- Schleswig-Holsteinischer  
Gemeindetag
- Städte- und Gemeindebund  
Brandenburg
- Städte- und Gemeindebund  
Nordrhein-Westfalen
- Städte- und Gemeindebund Sachsen-  
Anhalt
- Städte- und Gemeindetag  
Mecklenburg-Vorpommern
- Städtebund Schleswig-Holstein
- Städtetag Rheinland-Pfalz

## STATEMENT ZUR Hartz-IV-Reform und Krippengipfel

### Hartz IV reformieren Krippengipfel einberufen

#### Der Deutsche Städte- und Gemein- debund mahnt eine Reform der Hartz-IV-Gesetze an

Das System ist zu kompliziert, zu bürokratisch und beeinträchtigt damit eine effektive Hilfe für die Erwerbslosen. 267.000 sachlich falsche Hartz-IV-Bescheide haben die Jobcenter in den ersten elf Monaten des Jahres 2009 verschickt. 179.000 Verfahren sind bei den Sozialgerichten anhängig, wovon sich zwei Drittel ausschließlich mit der Berechnung von Unterkunftskosten beschäftigen. Das System ist zu kompliziert und erschwert den effektiven Vollzug. Die notwendige Reform muss von folgenden Grundsätzen getragen werden:

- **Bürokratie abbauen**
- **Fördern und Fordern konsequent umsetzen**
- **Bezahlte Bürgerarbeit ermöglichen**

Die Unterkunftskosten sollten – wie im Koalitionsvertrag bereits thematisiert – pauschaliert werden. Je nach dem Mietspiegel in der Region sollte ein fester Betrag für die Unterkunftskosten festgelegt werden, der zugleich die Nebenkosten umfasst. Das stärkt die Eigenverantwortung der Betroffenen und gibt auch einen Anreiz zum Einsparen von Energiekosten.

Die Bundesagentur für Arbeit sollte auch das Instrument bezahlter Bürgerarbeit wieder einführen und finanzieren. Zielgruppen wären arbeitslose Menschen in Regionen mit extremer hoher Arbeitslosigkeit, die mittelfristig keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben.

Hier sollte die Möglichkeit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in gemeinnützigen Bereichen angeboten werden. Es wäre ein wichtiger Baustein, um nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit zu finanzieren. Mit diesem Instrument könnten die Fallmanager in den Jobcentern gerade in Gebieten mit extrem hoher Arbeitslosigkeit wirklich helfen.

#### Lohnabstand einhalten

Bei der notwendigen Reform muss sichergestellt werden, dass am Ende sich nicht die Bezieher von Transferleistungen finanziell günstiger stehen als Personen, die aus eigener Arbeitskraft ihren Lebensunterhalt finanzieren.

Vor einer großzügigen Erhöhung der Hartz-IV-Gesetze – wie sie die Sozialverbände fordern – kann man nur warnen. Die dort erhobene Forderung, den Satz auf über 420 Euro pro Monat ansteigen zu lassen, hätte gravierende Folgen.

Die Zahl der Leistungsempfänger würde von jetzt 6,7 Mio. Menschen auf 8,7 Mio. um zwei Mio. ansteigen und Kosten von 10 Mrd. Euro verursachen.

#### Die notwendige Reform der Job- center muss jetzt schnell auf den Weg gebracht werden.

Gerade in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit brauchen wir effektive Jobcenter und hoch motivierte Mitarbeiter, die jede Chance nutzen, um die Erwerbslosen wieder in Arbeit zu bringen.

Der beste Weg dafür wäre eine



**DSTGB**

Deutscher Städte-  
und Gemeindebund

# Position

Verfassungsänderung, um die Kooperation zwischen Kommunen und Bundesagentur zu erleichtern. Wenn dies nicht mehrheitsfähig ist, muss eine einfachgesetzliche Regelung möglichst viel Freiheit und Kooperation zulassen.

**Kein Bundessozialamt, sondern dauerhafte Einbindung kommunaler Kompetenz vor Ort**

**Krippengipfel zwischen Bund, Ländern und Kommunen notwendig**

Der konsequente Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland ist eine zentrale Zukunftsfrage für unser Land. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung werden wir insbesondere gut ausgebildete junge Mütter im Berufsleben brauchen. In der gesellschaftlichen Wirklichkeit ist längst angekommen, dass die große Mehrheit der Mütter von morgen eine qualifizierte Kinderbetreuung schon vor dem dritten Lebensjahr wünscht.

Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur Bund, Länder und Kommunen gemeinsam schultern können. Die im so genannten

Betreuungskompromiss gesetzlich festgelegte Regelung, dass ab dem Jahre 2013 Eltern einen „Rechtsanspruch“ auf Kinderbetreuung haben, reicht so nicht aus. Dieser Kompromiss ging davon aus, dass etwa 35 % der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz benötigen. Deswegen sollen bis 2013 750.000 Plätze geschaffen werden. Zurzeit sind es ca. 430.000.

Der so formulierte Rechtsanspruch ist nicht ausreichend finanziert und wird der gesellschaftlichen Realität nicht gerecht, da viel mehr Eltern eine Betreuung für ihre Kinder unter Drei im Jahre 2013 wünschen werden. Nach einer Forsa-Umfrage vom Oktober 2009 wünschen sogar 66 % der Eltern einen Betreuungsplatz. Dann reichen die 750.000 Plätze nicht annähernd.

Der Betreuungskompromiss ist vor der Wirtschaftskrise geschlossen worden. Bund und Länder sind davon ausgegangen, dass mit 12 Mrd. Euro die Finanzierung sichergestellt ist. Dabei hat man zugrunde gelegt, dass Bund, Länder und Kommunen jeweils 4 Mrd. Euro aufbringen. Die Kommunen selbst haben immer einen Finanzie-

rungsbedarf in Höhe von 18,6 Mrd. Euro errechnet. Die Differenz ergibt sich daraus, dass die Kommunen einen deutlich geringeren Anteil von Tagesmüttern unterstellt haben. Die durchgeführte Forsa-Umfrage bestätigt insoweit ebenfalls die kommunale Position, denn nur 7 % der zukünftigen Eltern wünschen danach eine Betreuung durch eine Tagesmutter. Ein neuer Krippengipfel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sollte folgende Fragen angehen:

- **Tatsächlicher Bedarf an Betreuungsplätzen im Jahre 2013**
- **Überprüfung der notwendigen Finanzierung**
- **Eine Ausbildungsoffensive für mehr Erzieherinnen und Tagesmütter durch die Bundesagentur für Arbeit**
- **Überprüfung der Standards und bürokratischen Vorgaben, die den Ausbau hemmen.**

Berlin, 26. Januar 2010